

kopie: H. Deig
H. Natural

H. Musbaum

20. 11. 68 H. Jelen / H. Misch

aa 5. C. 41. 775. 3. dodis.ch/33007

5. C. 41. 775. 3. 1. ✓

5. C. 41. 775. 0 ✓

5. C. 41. 770. 0 ✓

Schweizerische Erklärung zur Integrationsfrage, abgegeben durch
Bundesrat Schaffner an der EFTA-Ministerkonferenz in Wien am
21. November 1968

1. Die europäische Integration befindet sich im Zustand einer gefährlichen Stagnation. Die Erweiterung der EG ist nicht nur aus politischen Gründen auf unbestimmte Zeit blockiert. Es wird auch befürchtet, die innere Konsolidierung sei noch nicht so weit fortgeschritten, dass die Funktionsfähigkeit der Gemeinschaftsorgane im Falle einer grösseren Mitgliedschaft gewährleistet wäre. Dazu kommen wirtschaftliche Schwierigkeiten, mit denen wichtige Länder innerhalb und ausserhalb der EG zu kämpfen haben. Diese Lähmung muss überwunden werden. Ihr Andauern würde die Bemühungen um europäische Zusammenarbeit entmutigen. Resignation und Tatlosigkeit würden in den weltpolitischen Zusammenhängen, in denen sich Europa heute zu bewähren hat, einen schwerwiegenden Rückschlag bedeuten.
2. Jedermann scheint diese Lagebeurteilung zu teilen. Seit Anfang dieses Jahres ist die Suche nach einem Ausweg aus dieser Sackgasse daher verstärkt worden. Die einzige Richtung, in der unter den heutigen Umständen ein beschränkter Fortschritt erzielbar scheint, liegt in allfälligen Zwischenlösungen. Schon dieser Begriff zeigt, dass niemand bereit wäre, Teilösungen als Ersatz für eine weitergehende europäische Integration aufzufassen. Alle EFTA-Staaten haben anlässlich der letzten Ministertagung in London ihre Bereitschaft bekundet, jeden konstruktiven Vorschlag in positivem Geist zu prüfen; vorausgesetzt, dass solche Vorschläge mit unseren internationalen Verpflichtungen in Einklang stehen, tatsächlich zur Milderung der Auswirkungen der Spaltung Europas beitragen können und nicht im Gegenteil noch weiter von unserem gemeinsamen Ziel wegführen, an dem wir alle festhalten, nämlich einer umfassenden europäischen Lösung.

Dodis



- 2 -

3. Die neue und ermutigende Entwicklung in einer sonst unerfreulichen Lage besteht darin, dass der EG-Ministerrat an seiner letzten Sitzung erstmals einen einstimmigen Beschluss gefasst hat. Es handelt sich dabei um einen Verfahrensentscheid, wonach die Ständigen Vertreter und die EG-Kommission die verschiedenen Vorschläge, insbesondere diejenigen, die ein handelspolitisches Arrangement und eine europäische Zusammenarbeit auf den Gebieten der Technologie und des gewerblichen Rechtsschutzes vorsehen, prüfen sollen. Indessen sind wir uns bewusst, dass dieser Beschluss noch nicht eine sachliche Zustimmung der Sechs zu den zur Diskussion stehenden Vorschlägen bedeutet.

4. So stellt sich denn heute die Frage, ob und wie die EFTA reagieren soll. Wäre es z.B. politisch weise, wenn wir einfach abwarten würden, bis aus den Auseinandersetzungen in der EWG irgendeinmal ein gemeinsamer Vorschlag hervorgehen würde? Ein solches passives, um nicht zu sagen skeptisches oder sogar geringschätziges Abseitsstehen könnte dahin verstanden werden, dass uns gar nicht daran gelegen ist, den Sechs bei der Suche nach einer Lösung behilflich zu sein. Eine solche Haltung wäre vielleicht gerechtfertigt, wenn wir annehmen könnten, es gelinge uns, durch anhaltenden Druck neue und lohnendere Möglichkeiten zu eröffnen. Können wir solches aber nicht erhoffen, wäre es dann nicht eine weit bessere Politik, die derzeit in der EWG diskutierten Ideen praktisch zu untersuchen, um so herauszufinden, was sie eigentlich beinhalten? Zunächst mögen sie zwar nicht als sehr substantiell erscheinen, und ich bin sicherlich nicht so naiv, zu glauben, sie stellten eine Patentlösung dar. Indessen würden wir in einem neuen Zusammenhang wieder auf einige der Anregungen stossen, die wir selbst, wie ich mich erinnere, gerade hier in Wien im Jahre 1965 formuliert haben. Natürlich meine ich damit die sogenannte Brückenschlags-Initiative.

5. Laufen wir irgendwelche wirkliche Risiken, wenn wir in dieser Situation unser Interesse für die erwähnten Ideen ausdrücken? Drei Argumente könnten dagegen vorgebracht werden:

- Erstens warnt man uns, wir würden dadurch in eine Sackgasse gelockt. Diese Warnung hätte mehr Gewicht, würden wir uns nicht bereits jetzt eindeutig in einer solchen Sackgasse befinden. Es sei mir erlaubt, daran zu erinnern, dass wir in der Vergangenheit im Interesse der EFTA-Solidarität trotz - in der Folge leider bestätigter Zweifel - die Initiativen derjenigen unterstützt haben, die an die Möglichkeit glaubten, eine Oeffnung der EWG zu erzwingen. Leider haben solche Initiativen zweimal fehlgeschlagen. Es scheint uns deshalb angezeigt, dass nunmehr auch die Aussichten eines pragmatischen Vorgehens ernsthaft geprüft werden sollten. Das würde voraussetzen, dass diejenigen, die an der Tauglichkeit dieser Methode zweifeln, solche Bedenken überwinden, wie wir es selbst in der Vergangenheit getan haben. Die Gefahr weiterer Enttäuschungen sollte durch den Vorteil, mit den EWG-Bemühungen Schritt halten und unsere Ansichten in einem frühen Zeitpunkt zur Geltung bringen zu können, mehr als aufgewogen werden.
- Zweitens wird von Einigen geltend gemacht, dass Uebergangslösungen nur in Betracht gezogen werden könnten, wenn zwischen ihnen und einer späteren Mitgliedschaft in den Gemeinschaften ein formeller Zusammenhang bestünde. Sollte es indessen nicht genügen, wenn klar zum Ausdruck kommt, dass Zwischenlösungen nie ein Ersatz für eine umfassendere europäische Integration, sondern nur ein erster Schritt in dieser Richtung sein könnten? Ist es wirklich realistisch, anzunehmen, in der Zwischenzeit allenfalls ausgehandelte Uebergangsregelungen könnten sich als ein neues Hindernis gegen weitere Fortschritte erweisen,

- 4 -

wenn einmal die einer EWG-Erweiterung derzeit entgegenstehenden politischen, wirtschaftlichen und funktionellen Widerstände überwunden sein werden? Das Gegenteil ist weit wahrscheinlicher. Die Zukunft Europas kann besser dadurch vorbereitet werden, dass man jegliche Möglichkeit für eine engere Zusammenarbeit nutzt als auf dogmatischen und unversöhnlichen Positionen beharrt.

- Drittens. Eine dritte Art von Einwänden betrifft die möglichen Auswirkungen europäischer Arrangements auf das GATT und unsere überseeischen Handelspartner, im besondern die Vereinigten Staaten von Amerika und die Entwicklungsländer. Hier stehen wir in der Tat Kernfragen gegenüber. Sie sollen uns indessen anspornen, nicht abschrecken davon, nach Lösungen zu suchen. Wir nehmen gerne zur Kenntnis, dass niemand in Brüssel ein Vorgehen angeregt hat, das die Anrufung eines GATT-"Waivers" erfordern würde. Was bezweckt wird, ist die Errichtung einer ersten Stufe in einen fortschreitenden Prozess des Abbaus von Handelshindernissen für eine Region. Der Ansporn liegt darin, alle unsere Kräfte einzusetzen, um am Ende volle GATT-Konformität zu bewirken. Doch mehr als das: Als eine weltoffene Handelsgruppierung sollten wir dafür sorgen, dass Liberalisierungstendenzen in Europa eine Ergänzung finden in neuen Initiativen für einen Abbau von Handelschranken auf weltweiter Basis. Soweit es sich um die Entwicklungsländer handelt, wird ein System genereller Präferenzen für sie bereits diskutiert. Ausserdem soll in einer Woche in Genf unter hohen Regierungsbeamten das künftige Arbeitsprogramm des GATT erörtert werden. Auch dort sind wir vor die Wahl zwischen Stagnation und weiteren Fortschritten gestellt. Wenn wir auch die Möglichkeit skeptisch beurteilen mögen, in unmittelbarer Zukunft eine neue Zoll- und Handelskonferenz nach dem Muster der Kennedy-Runde durchzuführen, so sollten wir jedenfalls nicht zulassen, dass der Anstoss

dazu verloren geht, und uns schon jetzt für neue gewichtige Fortschritte auf der Grundlage der Meistbegünstigung rüsten. Je eher dies zu neuen Liberalisierungsmassnahmen auf weltweiter Basis führt, desto besser sicher für uns alle. Wenn wir derart unsere Entschlossenheit zeigen, auch in dieser Richtung vorwärtszuschreiten und neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den USA zu öffnen, so sollte dies, wie ich hoffe, entscheidend dazu beitragen, die geäusserten Bedenken und Einwände zu zerstreuen, die mit Bezug auf einen ersten konstruktiven Schritt in der Richtung einer grösseren Integration in Europa erhoben worden sind.

6. Diese Ueberlegungen führen mich dazu, Ihnen folgende Vorschläge zu unterbreiten, die zur Zeit nur Verfahrenscharakter haben können:
 - a) Wir sollten die Delegationschefs in Genf ersuchen, die Frage zu prüfen, wie Zwischenlösungen, einschliesslich Handelsarrangements, ausgestaltet sein sollten, damit sie unserer Zielsetzung entsprechen und einen wirklichen Fortschritt zu einer engeren Zusammenarbeit in Europa darstellen. Gleichzeitig sollten die Delegationschefs sorgfältig die möglichen Auswirkungen solcher Regelungen auf die einzelnen EFTA-Länder und Mittel und Wege prüfen, um negative Folgen auszuschliessen.
 - b) Die Delegationschefs sollten auch untersuchen, welchen positiven Beitrag die EFTA an die Ausarbeitung eines lohnenden Arrangements leisten könnte. Sie könnten unsere früheren Brückenschlags-Vorschläge mit den in Brüssel vorgelegten Plänen für Gemeinschaftsarbeiten auf neuen Gebieten vergleichen. Sodann sollten sie uns berichten, welche zusätzlichen Fragen sich in der derzeitigen Lage für eine gemeinsame Regelung durch EFTA und EWG eignen würden.

- 6 -

- c) Endlich möchte ich meinen Vorschlag vom Mai wiederholen, unsere Bereitschaft zur Aufnahme gemeinsamer Konsultationen mit den EWG-Ländern zu erklären. Solche Kontakte, die zwar auf Minister-Ebene stattfinden sollten, könnten einen informellen Charakter aufweisen und müssten in keiner Weise institutionalisiert werden. Sie sollten lediglich exploratorisch sein und dazu dienen, in einem frühen Zeitpunkt der Ausarbeitung über die Möglichkeiten und Begrenzungen von Uebergangslösungen Meinungen auszutauschen. Es würde klar festgehalten, dass ein solcher Dialog weder als Präjudiz für die Position irgendeines Landes noch als Einleitung von Vorverhandlungen angesehen werden könnte.
7. Um allfällige Missverständnisse auszuschliessen, möchte ich die der schweizerischen Stellungnahme zugrunde ^{liegenden} Ueberlegungen abschliessend zusammenfassen. Wir begrüssen die Tatsache, dass die Politik Grossbritanniens fest auf Europa ausgerichtet ist. Wir wünschen nicht, dass sie vom Ziel der Förderung einer umfassenden europäischen Integration abgelenkt wird. Unter den gegenwärtigen Umständen sind wir davon überzeugt, dass Uebergangslösungen das einzige Mittel sind, um konkrete Fortschritte in dieser Richtung zu erzielen. Wir glauben, dass das Bewusstsein gemeinsamer europäischer Interessen am besten dadurch genährt wird, indem man alle Gelegenheiten praktischer Zusammenarbeit ergreift. EFTA ist eine Organisation mit wirtschaftlicher Zielsetzung, weil wir glauben, dass wirtschaftliche Zusammenarbeit eine wesentliche Voraussetzung für die Stärkung des Zusammenhalts in Europa ist. Diese Grundeinstellung lässt es nicht zu, dass ein möglicher Fortschritt in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit durch politische Erwägungen blockiert wird. Auch halten wir dafür, dass Handelsliberalisierung in Europa von ähnlichen Bemühungen auf weltweiter Ebene begleitet sein muss.

- 7 -

Ich muss wohl kaum unterstreichen, dass die Schweiz wegen ihrer unmittelbaren Nachbarschaft zu den EWG-Staaten - ein Schicksal, das Oesterreich teilt - mit diesen durch so mannigfache gegenseitige Beziehungen verbunden ist, dass jeder Fortschritt in der Zusammenarbeit für sie von besonderem Interesse wäre.